

These 1

Der Ruf nach mehr **Transparenz ist die Reaktion auf Vertrauensverluste** in wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft. Mit Hilfe der Informationstechnik und des Internet ist es praktisch möglich, immer mehr Informationen bereitzustellen. Damit wird die Kontrolle erleichtert. Ob dies zu mehr Vertrauen führen wird, ist ungewiss. Verbessert wird wegen des Aufdeckungsrisikos die **Prävention** gegenüber unredlichem und unethischem Verhalten. Mehr Transparenz ist daher das Gebot der Stunde - nicht als Selbstzweck sondern zur Machtkontrolle und zur Vermeidung unerwünschter Entwicklungen.

Erläuterung

Transparency International untersucht regelmäßig mit seinem **Globalen Korruptionsbarometer** die Einschätzung der Befragten zur Integrität verschiedener Sektoren der Gesellschaft. Einbezogen in die Umfrage waren 2013 insgesamt 107 Länder sowie 114.000 Befragte. Bemerkenswert sind die Ergebnisse für Deutschland. Auf einer Skala von 1 – besonders integer - bis 5 - besonders wenig integer – erhalten die politischen Parteien (3,8) , gefolgt von der Wirtschaft mit 3,7 relativ schlechte Noten. Dies entspricht dem Trend der letzten Jahre. Neu ist die Verschlechterung der Reputation der Medien (3,6) sowie der Zivilgesellschaft (3,0). Gute Werte erhielten in Deutschland die Polizei, die Justiz sowie das Bildungswesen. Der Bereich der Wissenschaft wurde in der deutschen Umfrage nicht erhoben. Die Werte für die Schweiz sind ähnlich, auch hier werden die Parteien, die Medien sowie die Privatwirtschaft relativ schlecht beurteilt. Die schlechten Werte für die Parteien führt unsere Schwesterorganisation in der Schweiz vor allem auf die intransparente Politikfinanzierung zurück.

Der Ruf nach mehr Transparenz zeigt in Deutschland, der EU und international Wirkung. Anscheinend ist Transparenz der in den politischen Programmen aller Parteien zur Bundestagswahl am kommenden Sonntag am meisten auftauchende Begriff. Diskutiert wird über die Reform der Parteienfinanzierung, die Offenlegung der Nebenverdienste von Abgeordneten sowie mehr Transparenz im Bereich des Lobbyismus. Auch die Wirtschaft und der Finanzmarkt sind Adressaten von zumeist auf EU-Ebene oder international entschiedenen Regelungen zu mehr Transparenz. Ich erwähne hier nur die Regelung zur Offenlegung der Finanzströme im Bereich der Rohstoffwirtschaft sowie die Debatte über den automatischen Datenabgleich im Bankensektor. Und kürzlich überraschte die ARD mit der Aktion „Hosen runter“. Sie informiert ab sofort damit über die durchschnittlichen Minutenpreise und Sendeplatzprofile für Filme und Serien wie z. B. die Krimis Tatort und Polizeiruf 110.

These 2

Der Slogan von „Humboldt zu Daimler“ steht in Deutschland für den Eindruck, dass die **Unabhängigkeit der Wissenschaft zunehmend dem Primat ökonomischer Nützlichkeit und**

wirtschaftlicher Verwertungsinteressen geopfert wird. Die Debatte über die Notwendigkeit von mehr Transparenz und Regulierung der Finanzierung von Forschung und Lehre in unseren Wissenschaftsinstitutionen durch Wirtschaftsunternehmen ist im Gange. Diskutiert wird derzeit noch weitgehend in Fachkreisen. Ich vermute, dass das Thema recht bald auf der politischen Agenda ankommen und weitere Kreise ziehen wird.

Erläuterung

Umfragen zum Vertrauen der Menschen in die Wissenschaft und ihre Fähigkeit, einen Beitrag zur Lösung von Problemen zu leisten, ergeben kein eindeutiges Bild. So erscheint die Notwendigkeit einer ausreichenden Förderung von Forschung und Lehre breite Zustimmung zu finden.

Umfrageergebnisse des Eurobarometers zeigen jedoch, dass es mehr Vorbehalte gegen die Befürwortung von Wissenschaft und Technik in Gesellschaften mit dem größten technischen Fortschritt gibt als in weniger entwickelten Ländern. Insbesondere ist in den Ländern mit einem hohen wissenschaftlichen und technischen Stand das Bewusstsein für die Risiken größer - dies vielleicht auch deswegen, weil die Menschen hier erfahren haben, dass Wissenschaft nicht nur Probleme lösen sondern auch verursachen kann. Bedenkenswert sind die Forschungsergebnisse von Nick Pidgeon von der School of Psychology an der Cardiff University. So sei der Hauptgrund für die Ängste der Befragten gegenüber genetisch veränderten Lebensmitteln das Misstrauen gegenüber multinationalen Konzernen. Generell seien eine Ursache für den Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in die Wissenschaft die Bedenken darüber, wer die Forschung finanziert. Es sollte Wissenschaftlern daher nicht gleichgültig sein, wer ihre Forschungen finanziert.

These 3

Die Pluralität wissenschaftlicher Theorien, die Meinungsvielfalt in der Lehre und insbesondere eine Atmosphäre, in der eigenes und unabhängiges Denken gefördert wird, sind die Voraussetzung für Kreativität und das Erlernen von Verantwortung. Die **gegenwärtigen Formen des Sponsoring sind nicht hilfreich für eine derartige Atmosphäre und gehören auf den Prüfstand**. Transparenz allein ist kein ausreichendes Mittel vielmehr bedarf es klarer Regeln für die Annahme und Verwendung von Sponsorengeldern.

Erläuterung

An deutschen Hochschulen gibt es die verschiedensten Kooperationsformen mit Wirtschaftsunternehmen. Zu nennen sind:

- Forschungs- und Entwicklungsaufträge
- Gemeinsame Institute und Labore
- Stiftungsprofessuren
- Finanzielle Zuwendungen z.B. zum Bau eines Hörsaals
- Sachspenden, z.B. Geräte
- Lehrbeauftragte
- Stipendien für Studierende
- Praktikantenplätze

Laut einer Untersuchung des Stifterverbands der Deutschen Wissenschaft aus dem Jahr 2011 bevorzugen die Unternehmen ganz bestimmte Fachrichtungen. Etwa 50 % der Unternehmen

präferiert die Wirtschaftswissenschaften, jedes dritte Unternehmen die Ingenieurwissenschaften, jedes 5. Unternehmen die M,I,N Fächer und 17 % die Geistes- und Sozialwissenschaften. Bei der Förderung durch Stiftungen sieht es etwas anders aus. Der Schwerpunkt liegt hier bei der Medizin und dem Gesundheitsbereich sowie den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Einige Fälle:

- Kooperationsvertrag der Deutschen Bank mit der TU und HU Berlin
- „Geheimvertrag“ zwischen Bayer Healthcare AG und Uni Köln
- „Herzklappenskandal“ Ulm, Herzschrittmacher Hamburg
- Problem: Nebentätigkeit von Hochschullehrern
- „Sponsoringpaket“ der TU Chemnitz
- „Aldi-Süd“-Hörsaal an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt
- „shared Professorship“ am KIT – Bezahlung 50 % Daimler u.a. – Entwicklung einer Roboterlinie für die Autoindustrie

These 4

Auf die unterschiedlichen Formen der Kooperation sollte mit einem differenzierten Paket von Instrumenten geantwortet werden. Einheitliche und **verbindliche Regeln** sind immer dort von Nöten **wo die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre bedroht** und das interne Funktionieren der Universität unmittelbar in Mitleidenschaft geraten kann. Zuwendungen von Seiten der Wirtschaft umfassen einen geringen Teil der Mittel für Forschung und Lehre. Es sollte daher immer die Verhältnismäßigkeit beachtet werden. D. H. gehandelt werden sollte nach der Devise: Lieber verzichten wir auf Sponsorgelder, Sachspenden oder Drittmittel als den Ruf der Hochschule zu schädigen. Die öffentliche Überprüfbarkeit aller Verträge sollte ansonsten sichergestellt sein.

Erläuterung

In Deutschland gibt es derzeit ein Nebeneinander rechtlicher Vorgaben, Regeln, Codes of Conduct und universitätsinterner Vereinbarungen für die Annahme von Drittmitteln und Sponsorgelder aus der Wirtschaft. Daneben gelten die strafrechtlichen Vorschriften gegen Korruption und Vorteilsnahme sowie die Vorschriften des Vergaberechts.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nenne ich die folgenden Regelungen:

- Die **Rechtsprechung des BGH** verlangt zur straflosen Einwerbung von Drittmitteln das Einhalten folgender Prinzipien: das Trennungsprinzip (von Beschaffungen), das Dokumentationsprinzip, das Transparenzprinzip (gegenüber der Dienststelle), das Genehmigungsprinzip sowie das Äquivalenzprinzip. Diese Rechtsprechung wurde in den **landesrechtlichen Vorschriften von Rheinland Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg** umgesetzt.
- Einige **Informationsfreiheitsgesetze der Bundesländer** erkennen den Rechtsanspruch auf Herausgabe von Verträgen zwischen öffentlich rechtlichen Universitäten und Unternehmen an.
- **Code of Conduct des Stifterverbands der Deutschen Wissenschaft** vom August 2011 sieht vor:

- Kein Einfluss des Geldgebers auf Forschung + Lehre + Veröffentlichung von F-Ergebnissen
- Besetzung von Stiftungsprofessuren in Übereinstimmung mit Hochschulgesetzen der Länder
- Kein Anspruch des Förderers auf die Verwertung von F-Ergebnissen
- Verpflichtung der Beteiligten, jederzeit Rechenschaft über ihr Tun abzulegen und umfassend und vollständig über den Verlauf der Förderung zu berichten
- Einführung eines standardisierten Berichtswesens der Hochschule

Beispiel für **Code of Conduct zum Sponsoring der Universität Bielefeld** sieht vor

- Sponsoring muss für die Öffentlichkeit erkennbar sein
- Vertragliche Regelung muss Leistung + Gegenleistung klar benennen
- Sponsor darf keine Vorgaben für die Erledigung der Hochschulaufgaben machen.